



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender
Sören Michelsburg, stellv. Vorsitzender
Karl Emer
Johannah Illgner
Adrian Rehberger
Michael Rochlitz

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
☎ 06221/5847150
📠 06221/584647150
✉ [geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de](mailto:geschaeftsstelle@spd-fraktion.heidelberg.de)
www.spd-fraktion-heidelberg.de

17.10.2023

**Sachantrag AKB TOP 10 | Erarbeitung eines gesamtstädtischen Konzepts für ein vielfältiges
Gedenken an NS-Unrecht in Heidelberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung (AKB) beantragt die SPD-Fraktion zum oben genannten Tagesordnungspunkt:

- Der AKB empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Gemeinderat den Beschluss, dass mit Erstellung des Konzeptes für ein Gedenken an NS-Opfer sowie Mahnen an NS-Unrecht mit der Vorgehensweise wie in der Begründung der Informationsvorlage dargelegt (Vgl. S. 3.1ff.) sofort begonnen wird.
- Die Verwaltung wird gebeten, das ehemalige Gefängnis „Fauler Pelz“ in Zusammenarbeit mit der Uni und dem Land Baden-Württemberg in das Konzept mit einzubeziehen.

Begründung:

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ist die Förderung einer aktiven Erinnerungskultur wichtiger denn je. Daher beantragen wir, den Beschluss zu fassen, dass mit der Erstellung des Konzeptes Konzeptes für ein Gedenken an NS-Opfer sowie Mahnen an NS-

Unrecht nach der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise umgehend begonnen wird. Das ehemalige Gefängnis „Fauler Pelz“, das derzeit bis Juli 2025 als Maßregelvollzugsanstalt für suchtkranke Häftlinge genutzt wird, war ein Schauplatz von NS-Verbrechen. Daher ist es für uns wichtig, dass der „Faule Pelz“ ebenfalls mit in das Konzept mit einbezogen wird. Hierfür bitten wir die Verwaltung auch, mit der Universität und dem Land Baden-Württemberg Gespräche aufzunehmen.